

Ulrich Schachtschneider

Ökologisches Grundeinkommen – eine emanzipative Variante des Green New Deal?*

Im Beitrag wird diskutiert, ob die Idee eines durch Besteuerung von Umweltverbrauch finanzierten Grundeinkommens soziale und ökologische Schieflagen bisher propagierter Varianten eines Green New Deal vermeiden könnte und inwieweit dieser Ansatz darüber hinaus emanzipatorische Qualitäten aufweist. Jenseits einer direkten Vergesellschaftung, die von systemkritischer Seite oft als radikale Antwort auf den Kapitalismus neu stabilisierende Green-New-Deal-Konzepte ins Feld geführt werden, wäre das ökologische Grundeinkommen zunächst Bestandteil einer neuen Regulation des Kapitalismus bzw. einer kapitaldominierten Gesellschaft. Mit dem Prinzip soll einerseits eine Wende zu Klimaschutz und Ressourcenschonung erreicht werden. Andererseits können damit möglicherweise Schritte in Richtung sozialer Realutopien, wie etwa eine erneuerte, inklusive Solidarität oder eine Autonomisierung der Arbeit, gegangen werden, die im Sinne eines „nicht-reformistischen Reformismus“ über die Kapitaldominanz hinausweisen.

Dreimal Green New Deal

Angesichts der Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und ökologischer Krise gewinnen Reformansätze mit dem Anspruch, beide Krisen integriert zu beantworten, zunehmende Beachtung. Am deutlichsten kommt dies in der Forderung nach einem Green New Deal zum Ausdruck, wie ihn nicht nur die Partei DIE GRÜNEN, sondern auch UN-Institutionen, NGOs und eine zunehmende Zahl von Ökonomen und Umweltforschern propagieren. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum sei gleichzeitig ökologischer Fortschritt, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Green New Deal ist jedoch nicht gleich Green New Deal. Ganz unterschiedlich wird die soziale Seite des Deals sowie die Wachstumsfrage konzipiert. Hier lassen sich drei Ansätze unterscheiden.

Im „Green New Deal“ der Grünen, der Heinrich-Böll-Stiftung¹ u.a. besteht der Deal in der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und dem dazugehörigen Empowerment der Arbeitnehmer, die aus den Alt-Industrien herausgedrängt sind oder es noch werden. Durch Erhöhung der Bildungsausgaben und –chancen sollen die von Ausschließung Bedrohten wieder in die (Arbeits-)Gesellschaft hereingenommen werden. Dies ist gleichzeitig funktional notwendig, denn die neuen grünen Arbeitsplätze erfordern ungemein höhere Qualifikationen als die alten massenindustriellen Fertigungslinien. Die soziale Frage als Verteilungsfrage hingegen gilt als weitgehend gelöst, eben durch den historisch längst vollzogenen New Deal. Die Induktion eines grünen Marktes durch Bepreisung von als schädlich angesehenen Umweltnutzungen wie etwa CO₂-Emissionen, Verschmutzungen verschiedener Umweltmedien, Rohstoffverbräuchen etc erfordert daher allenfalls ein paar Maßnahmen zur Linderung besonderer Härten.

* Beitrag zum Kongress Momentum 11: Gleichheit. Hallstatt, Austria 27-30.10.2011

¹ HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG 09 (Hg.): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen. Berlin. www.boell.de

Der „sozial-ökologische New Deal“² oder „Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz“³, wie ihn etwa die Linkspartei fordert, basiert ebenso auf dem Mix von staatlichen Investitionen einerseits und der staatlichen Anregung von privaten grünen Investitionen andererseits. Diese Investitionen sollen jedoch durch „regulatorische Vorgaben“, also ordnungsrechtliche Gebote und Verbote über zulässige Techniken und Grenzwerte angestoßen werden.⁴ Der zweite Unterschied besteht in der Rolle von Umverteilung von Arbeit und Einkommen, etwa der 30-Stunden-Woche als Normalvollarbeitszeit bei Lohnausgleich, einer hohen sozialen Sicherung, Mindestlöhnen etc. Die Umverteilung löst gleichzeitig den Knoten im Investitionsstau, da die bisher schwache Binnennachfrage angeregt wird. Finanziert werden soll dies durch höhere Steuern für Wohlhabende und Unternehmen. Gemeinsam ist dem Green New Deal der Grünen und dem Sozialen Green New Deal der Linken allerdings die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum als Löser von Wirtschaftskrise und ökologischer Krise.

Eine dritte Variante wird in der neuen Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“⁵ Die Menschen im Norden bzw. die globale Konsumentenklasse sollen ihren Lebensstil in Richtung Genügsamkeit ändern, anstatt das bisherige Wohlstandsmodell mit neuer Umwelttechnologie zu verlängern. Im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum wird die Verteilungsfrage deshalb gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit einem nachhaltigen gesellschaftlichen Naturverhältnis haben: „Die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Nachhaltigkeit. Zukunftsfähigkeit erfordert deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.“⁶ Es ist also ein sozialer Green New Deal ohne Wachstum.

Im folgenden möchte ich, ausgehend von der Prämisse, dass dauerhaftes Wachstum, auch sogenanntes „qualitatives Wachstum“ mit hohem Dienstleistungsanteil, „ökologisch“ nicht tragfähig ist, die Chancen eines Sozialen Green New Deals ohne Wachstum diskutieren. Ich werde dies am Beispiel der Idee „Ökologisches Grundeinkommen“ machen, welches ein zentrales Element eines solchen Gesellschaftsvertrages sein könnte.

Green New Deal ohne Wachstum – im Kapitalismus?

Doch zunächst zur Fundamentalkritik: Viele kritische Autorinnen sehen die Möglichkeit einer Postwachstumsökonomie im Kapitalismus generell nicht gegeben. Müller/Passadikis etwa schreiben in ihren „20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus“⁷, jede marktgetriebene Wirtschaftsordnung bringe einen „Kollisionskurs mit der Biosphäre“. Elmar Altvater sieht keine Option auf eine

² KRÄMER, RALF 08: Zehn Kernpunkte für einen ökonomischen Richtungswechsel, für einen sozial-ökologischen New Deal

³ http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/programmkommission/
Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE 09

⁴ KRÄMER, RALF 08

⁵ BUND, EED (Hg.) 08: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607

⁶ BUND, EED (Hg.) 08: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke. S. 25

⁷ MÜLLER, TADZIO/ PASSADIKIS, ALEXIS 2008: 20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus
<http://climateactioncafe.wordpress.com/2008/12/05/20-theses-against-green-capitalism>

Postwachstumsökonomie im Rahmen des Kapitalismus, weil dieser immer eine Überschussproduktion mit Renditen erfordere, was auch für Green Investment gelte. Zudem führe ein grüner Markt, eine Bepreisung von Umweltverbräuchen nur zu neuen schädlichen Produktionen und Scheinlösungen, etwa der von Agro-Kraftstoffen. Dem stellt er die Bestimmung der Produktion durch die Produzenten und die Wiederaneignung öffentlicher Räume entgegen. Maßgeblicher Träger wären die sozialen Bewegungen. Dies könnte als eine vierte Version des Green New Deal bezeichnet werden: Über grüne Investitionen wird im öffentlichen Raum und in transparenter Demokratie entschieden. Es wäre also eine Art basisdemokratische Planwirtschaft, die eine Postwachstumsökonomie ermöglicht.

Die Frage allerdings, die sich bei einem Setzen auf Vergesellschaftung der Produktion jenseits von Marktmechanismen stellt, ist die nach den Grenzen der Partizipation und des Diskurses. Die Maxime, eine regelungsbedürftige Materie möglichst herrschaftsfrei mit allen auszudiskutieren, bis alle mit einer Lösung einverstanden sind, stößt unter den Bedingungen einer Vergesellschaftung, die über lokale Gemeinschaften hinausgeht, an praktische und auch emanzipative Beschränkungen.

Ökologisches Grundeinkommen durch Öko-Bonus

Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte das Konzept eines ökologischen Grundeinkommens bieten. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die natürliche Umwelt mit ihrer Atmosphäre, ihren Ressourcen und ihren Senken ein Gemeingut aller Erdenbürger darstellt. Wer dieses Gemeingut nutzen will, so die von Peter Barnes („Kapitalismus 3.0“) u.a. dargelegte Schlussfolgerung, hat die Eigentümer um Erlaubnis zu fragen. Bei ökologisch problematischen Nutzungen werden Gebühren erhoben, die die Eigentümer erhalten. Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte, also etwa eine Öko-Steuer auf nicht erwünschte bzw. nur begrenzt akzeptable Substanzen und Verbräuche (CO₂, Rohstoffe, Flächenverbrauch u.a.) wird daher gleichmäßig unter der Bevölkerung zurückverteilt. Jedem Bürger vom Säugling bis zum Greis, vom Inder bis zum Norweger wird ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“ ausgezahlt. Da die Nutzungsentgelte über die Wertschöpfungsketten in alle Produkte bzw ihre Endpreise einfließen, werden Wohlhabende mit hohem Konsum im Saldo belastet, Kinderreiche und Ärmere gewinnen. Für alle bleibt aber der preisliche Anreiz bestehen, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter vorzuziehen.

Ein ökologisches Grundeinkommen (im folgenden: ÖGE) ist nicht allein existenzsichernd, zumindest nicht beim Einstieg in das Prinzip. Dazu wären auf einen Schlag enorm hohe Steuersätze bzw. hohe Versteigerungserlöse durch Setzen einer sehr geringen Obergrenze (Cap) von Emissionen notwendig. Alle Konzepte sehen hingegen eine sukzessive Einführung vor, also das stetige, langsame Ansteigen der Verteuerung von Ressourcenverbrauch bzw. der Ausschüttungsmasse. Ein ÖGE ist bedingungslos, die Ausschüttung erfolgt an jeden. Das Konzept ÖGE kann als Teil der Finanzierung in Konzeptionen eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens eingebunden sein, muss es aber nicht.

Die Idee verbindet die Diskurse um Grundeinkommen, ökologisches Umsteuern und Postwachstumsökonomie. Ein ÖGE bewirkt neben der Förderung technologischer Alternativen mit geringerem Ressourceneinsatz einen Rückgang ökonomischer Aktivitäten. Zum einen verteuert es Konsum, zum anderen wird aufgrund eines steigenden Anteils sozialer Sicherung eine Arbeitsaufnahme unattraktiver – ob als Arbeitnehmer oder Kleinselbständiger. Neben den technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit antropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, z.B. Kreislaufwirtschaften) wird auch der nicht-technische Weg der Suffizienz, der

Genügsamkeit gefördert. Das Verhältnis von technischem und nicht-technischem Weg kann nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber hat das ökologische Grundeinkommen eine deproduktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie. Die deproduktivistische Wirkung läuft der Finanzierungsfunktion nicht entgegen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, was aus ökologischen Gründen erwünscht ist, kann das Aufkommen dennoch gleich bleiben oder sogar steigen: Durch die sukzessive Erhöhung der Steuersätze. Die Aufrechterhaltung des Ausschüttungsvolumens wird also bei diesem Prinzip gerade nicht über die Aufrechterhaltung einer bestimmten Menge einer womöglich auch noch unerwünschten, umweltbelastenden Produktion erreicht, wie dies eine Reihe von Kritikern einwenden.⁸

Varianten und Konkretionen

Der „Öko-Bonus“ bzw. das „ökologische Grundeinkommen“ vermeidet das bisherige Dilemma ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik ohne Sozialausgleich: Ist der Ökosteuer-Satz zu niedrig, bewirkt er nichts. Ist er zu hoch, wird er unsozial. Hier ist es umgekehrt: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt. Das prädestiniert das Konzept für den dringend gebotenen Nord-Süd-Ausgleich, ohne den die Klimaverhandlungen weiter festsitzen werden. So plädieren Felix Ekardt und Bettina Hennig von der Rostocker Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik dafür, mit dem Prinzip Öko-Bonus den dringend benötigten internationalen Klima-Deal zu ermöglichen:⁹ Jedes Land bekommt auf Basis gleicher Pro-Kopf-Emissionsrechte (das wären heute z.B. 5 t CO₂/Kopf, im Jahre 2050 aber nur noch 0,5 t CO₂/Kopf) nationale Höchstmengen an Emissionsrechten. Südliche Länder bekommen so mehr Zertifikate als sie aktuell benötigen und können durch Verkauf ihrer Rechte an nördliche Einnahmen generieren: Umverteilung durch gleiche Pro-Kopf-Rechte auf globaler Ebene. In einer zweiten Stufe wird das Prinzip innerstaatlich erneut angewendet. Die Staaten bzw. Staatenbünde (EU) versteigern ihre erworbenen bzw. verbliebenen Lizenzen an sämtliche Importeure bzw. Verkäufer von Brennstoffen und schütten diese Einnahmen an jeden ihrer Bürger aus. Die Verteilungsmasse wird natürlich im Süden pro Kopf größer sein, da ja noch die Einnahmen aus dem Verkauf an den Norden dazukommen, im Norden wird sie entsprechend geringer ausfallen. Nach diesem Modell wäre sowohl im Nord-Süd-Verhältnis als auch innerstaatlich für einen Ausgleich gesorgt. Allerdings wäre wahrscheinlich im Norden zunächst wenig Ausschüttungsmasse vorhanden, da viele Lizenzen aus dem Süden gekauft werden müssten. Das Umverteilungspotenzial innerhalb des Nordens bleibt dadurch zunächst gering.¹⁰ Bis es zu einem solchen globalen Klima-Deal mit globaler Umverteilung kommt, schlagen die Autoren hilfsweise die Einführung des Prinzips auf EU-Ebene vor, also erst mal nur die zweite Stufe. Das dann auftretende Problem

⁸ Als Negativ-Beispiel wird häufig der Alaska Permanent Fund angeführt: Jeder Bürger Alaskas erhält die Dividende aus den Erträgen eines Fonds, in den 50% der Einnahmen aus der Ölförderung eingezahlt werden. Dies waren im Jahre 2008 2069 US-Dollar pro Kopf. Dies ist doppelt problematisch: Erstens basiert die Ausschüttung auf der ökologisch problematischen Aufrechterhaltung der Ölförderung, zweitens auf den sozial problematischen Anlagegewinnen des Fonds auf den Finanzmärkten.

⁹ vgl: EKARDT, FELIX: Ökobonus und gleiche Ressourcennutzung für alle. Ein ökologisch-soziales Konzept am Beispiel der Energie- und Klimawende. Diskussionspapier zur ISM-Summer-Factory 2011

<http://www.solidarische-moderne.de/serveDocument.php?id=73&file=a/8/e99.pdf>

Vgl. EKARDT, FELIX unter Mitarbeit von HEITMANN, CHRISTIAN und HENNIG, BETTINA: *Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik*. Edition Hans-Böckler Stiftung 2010

¹⁰ Der Kernvorteil der Idee, eine Erhöhung der Akzeptabilität der Verteuerung von Umweltverbrauch durch Rückausschüttung an alle, kann sich dann allerdings zumindest im Norden nicht richtig entfalten, auch wenn die Lösung global gerecht ist

der Bevorteilung von Importen, die ohne Emissionskosten günstiger angeboten werden können als die innerhalb der EU mit Emissionskosten belasteten Produkte, sollte nach Auffassung der Autoren über Zölle auf die in ihnen enthaltenen Emissionen („graue Energie“) aufgefangen werden.¹¹ Auf tieferliegenden Ebenen halten die Autorinnen das Prinzip nicht für wirksam, da der gewünschte Vorteil für Produkte mit wenig Energieinhalt immer wieder durch Billigimporte aus Ländern, die nicht in das Verfahren einbezogen sind, unterlaufen werden kann.

Demgegenüber vertritt Damian Ludewig vom FOES¹² die Einführung des Prinzips Öko-Bonus auch auf nationaler Ebene. Nicht-regenerative natürliche Ressourcen sollen mit langsam steigenden Ökosteuer-Sätzen besteuert werden.¹³ Die Ausschüttung soll nicht nur Pro-Kopf, sondern auch an Unternehmen pro Arbeitsplatz geschehen. Vorteile hätten Arme, Kinderreiche und Firmen mit Teilzeitarbeitsplätzen. Durch die Umverteilung nach unten entstehe zwar mehr Nachfrage, diese sei aber ökologisch unschädlich, da sie sich aufgrund der gleichzeitigen Verteuerung von Ressourcen auf Produkte mit geringem Umweltverbrauch ausrichte. Die AG Ökobonus der Partei Die Grünen¹⁴ legte 2008 ebenfalls ein Konzept vor, das im nationalen Rahmen verwirklicht werden könnte. Die Ausschüttungsmasse von 20 Mrd € sollte sich sowohl aus Ökosteuern (z.B. Ticket Tax) als auch aus Einnahmen aus dem Emissionshandel speisen, mit denen ab 2013 aufgrund eines höheren Anteils von Versteigerungen verstärkt zu rechnen ist. Die Auszahlung würde monatlich 20 €/Kopf betragen. Dieses Konzept ist innerhalb der grünen Partei allerdings nicht weiter verfolgt worden. Konkretionen für eine Umsetzung innerhalb des nationalen Rahmens stellen auch die Vorschläge zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) dar, wie sie von einem Teil von dessen Protagonisten gemacht werden. So schlägt die Grüne Jugend eine Finanzierung des BGE über eine Mehrwertsteuererhöhung mit „ökologischer Differenzierung“ sowie über eine ökologische Steuerreform vor. Die BAG Grundeinkommen der Linkspartei will eine Finanzierung über verschiedenste Steuern, unter anderem auch eine „Primärenergieabgabe“. Der BdkJ¹⁵ schlägt „sukzessiv steigende Ökosteuern auf Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung“ vor.¹⁶

Eine Idee unterhalb des nationalen Rahmens ist die eines Basis-Progressiv-Tarifs für Energie¹⁷: Eine Basis-Freimenge Strom (z.B. 250 kWh/Kopf und Jahr) ist für jeden Bürger kostenlos. Subventioniert wird diese Freimenge (oder Freibetrag) durch einen Aufschlag auf den Strompreis. Auch dies wäre das Prinzip Öko-Bonus: Die Verteuerung von Ressourcennutzung finanziert einen Grundfreibetrag. Das Prinzip Basisfreimenge wurde von der Verbraucherzentrale NRW vorgeschlagen und im Rahmen einer Studie des Wuppertal-Instituts näher auf seine Praktikabilität

¹¹ bei dieser Variante wäre auch das oben angesprochene Problem der geringen Verteilungsmasse für den Norden, also innerhalb der EU zunächst umgangen. Schwierig würde aber der Grenzausgleich an den EU-Grenzen, vor allem die Berechnung der „grauen Energie“. Hier gibt es unterschiedliche Ansätze, die teils um den Faktor 10 differieren.

¹² Forum ökologisch soziale Marktwirtschaft

¹³ vgl. LUDEWIG, DAMIAN: Ressourcensteuerfinanzierter Ökobonus als zentrales Reformkonzept für eine solidarische Moderne Diskussionspapier zur ISM-Summer-Factory 2011
<http://www.solidarische-moderne.de/serveDocument.php?id=84&file=0/5/782.pdf>

¹⁴ AG ÖKOBONUS – HERLITZIUS, BETTINA/ SCHICK, GERHARD 2008: Öko-Bonus – neues Instrument für den Klimaschutz und ökologische Gerechtigkeit – Diskussionsvorlage für den grünen Länderrat

¹⁵ Bund deutscher katholischer Jugend

¹⁶ Alle Vorschläge sind dokumentiert in: BLASCHKE, RONALD/ OTTO, ADELINE// SCHEPERS, NORBERT (Hg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Berlin 2010

¹⁷ vgl. VERBRAUCHERZENTRALE NRW 2008,

vgl. SCHACHTSCHNEIDER, ULRICH 2011: Freiheit, Gleichheit, Ökologie für die Linke:
http://www.forum-ds.de/article/2022.freiheit_gleichheit_oekologie_fuer_die_linke.html?sstr=schachtschneider

untersucht.¹⁸ Schwierigkeiten sehen die Autoren u.a. durch die Möglichkeit der Abwanderung von Vielverbrauchern, sowie in der Zurechnung der Basisfreimenge auf die Haushalte (Datenschutz).

Für diese und andere Umsetzungsprobleme gibt es jedoch immer auch Lösungsansätze, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann. Hier sollte nur ein Überblick über Varianten und Konkretionen der Grundidee Öko-Bonus bzw. ökologisches Grundeinkommen gegeben werden: Es gibt sie für alle territorialen Ebenen: Von der globalen bis zur lokalen. Allerdings ist die Idee heute noch randständig. Das gilt für die Wissenschaft, die Politik, die sozialen Bewegungen. Möglicherweise liegt dies an ihrer Mischung verschiedenster Denkrichtungen: Es stecken Markt, Staat und Kommune drin, es ist eine Kombination aus Innovation durch Markt, Umverteilung nach unten und Stärkung von Gemeingut. Dies gibt jeder politischen Richtung ihren spezifischen Anlass, sich nicht näher damit zu befassen. Umgekehrt kann sich gerade aus der Integration dieser verschiedensten Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise auch ein Crossover-Potenzial entwickeln (s.u.).

Mehr als ein Finanzierungsinstrument – realutopische Gehalte

Das ökologische Grundeinkommen (ÖGE) ist mehr als ein geschicktes Finanzierungs- und Steuerungsinstrument. Es birgt eine Reihe von gesellschaftlichen Utopien in sich, die ein Plus an Gleichheit und Autonomie bedeuten und die darüber hinaus als „nicht reformerischer Reformismus“ (Gorz) zumindest das Potenzial haben, über den Kapitalismus hinauszudeuten. Es geht hier um die Stützung von Tendenzen, nicht um das vollständige Erreichen. Auch ein ökologisches Grundeinkommen zunächst kleinen Ausmaßes würde unterstützend und initiierend wirken für die im Folgenden dargelegten konkreten Utopien der inklusiven Solidarität, der Ausweitung individueller Spielräume und der Autonomisierung von Arbeit. Diese sozialen Utopien sind zudem sämtlich verbunden mit einer ökologisch vorteilhaften Wirkung – das lässt das ÖGE als besonders geeignet für eine sozial-ökologische Transformation erscheinen.

Inklusive Solidarität

Da ist erstens eine erneuerte Solidarität auf inklusiver Basis. Das ÖGE ist ein Sozialtransfer Wohlhabender an unterdurchschnittliche Konsumenten, und zwar bedingungslos. Das bisherige, im Fordismus entstandene und bis heute weitgehend angewandte Sozialstaatsmodell konzentriert hingegen die Solidarität auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Arbeitslosengeld und Rente etwa hängen vom Volumen sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten ab. Am meisten profitieren davon die in der Regel männlichen und weißen Besitzer von Vollzeitarbeitsplätzen. Weitere Sozialtransfers ohne direkte Kopplung an Erwerbsarbeit sind knapp gehalten und werden über das Prinzip der Bedürftigkeitsprüfung ebenfalls nicht an alle gezahlt. Vielmehr werden eine Reihe sozialer Gruppen wie Ehefrauen, junge Erwachsene, Studierende etc. an die Obhut der Vollverdiener verwiesen.

Diese erneuerte, inklusive Solidarität eines bedingungslosen Grundeinkommens, welche die paternalistische Schieflage fordistischer Sozialstaatlichkeit überwindet, würde jedoch auch ohne eine Finanzierung über Besteuerung von unerwünschtem Naturverbrauch realisiert werden können, etwa mittels Besteuerung hoher

¹⁸ WUPPERTAL-INSTITUT FÜR KLIMA,UMWELT,ENERGIE 2008: Kurzgutachten für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zur Bewertung einer möglichen Veränderung der Stromtarifstruktur für Haushaltskunden („Stromspartarif“)

Einkommen. Mit der ökologischen Finanzierung jedoch wird eine zweite Schieflage des fordistischen Sozialstaats vermieden: Seine Abhängigkeit von einer ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität, die nur durch die kostengünstige und weitgehend rücksichtslose Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere fossiler Energiequellen, aufrechterhalten werden konnte. Mit der Finanzierung von Solidarität über die Besteuerung von Naturverbrauch wird hingegen gleichzeitig ein Anreiz zur Reduktion des Gebrauchs von Ressourcen gesetzt. Dieser Anreiz kann sich zum einen in erhöhte Ressourcenproduktivität, also mehr Effizienz und Konsistenz von Produktionsverfahren und Produktnutzungen umsetzen. Zum anderen ist aber auch die Null-Variante der Suffizienz, der Genügsamkeit, des Sein-Lassens eine mögliche Reaktion auf die Verteuerung. Das ökologische Grundeinkommen hat also von der Finanzierungsseite her eine deproduktivistische, wachstumsmindernde Komponente. Der verringerte Gebrauch von Ressourcen führt indessen bei dynamischer Besteuerung nicht, wie oben gezeigt, zum Verkümmern oder Versiegen der Quelle des Grundeinkommens.

Individuelle Freiräume

Ein Grundeinkommen jenseits einer Kopplung an Arbeitsbereitschaft schafft zweitens lang ersehnte Freiräume für Phasen der Weiterbildung, des Ausprobierens, der Umorientierung, des Experimentierens. Alles das, was viele einmal ausprobieren möchten, es sich aber nicht trauen, weil sie nicht riskieren wollen, am Ende des Monats keine Miete zahlen zu können, weil sie fürchten, unkontrollierbar ökonomisch abzurutschen, wird dann eher möglich. Ein wesentliches Herrschaftsmoment des kapitalistischen Systems, die jederzeitige Aufrechterhaltung stützender Alltagspraktiken durch den allgegenwärtigen ökonomischen Druck, kann so ins Wanken geraten. Durch den gesellschaftlich garantierten Freiraum kann erfahren werden, dass mit Teilzeitarbeit ein besseres Leben entsteht, können kreative Fähigkeiten jenseits von Verwertungsdruck ausprobiert, neue Formen der Gemeinschaft als erfüllend erfahren werden. All dies trägt tendenziell zur Sensibilisierung gegenüber einer konsumistisch-produktivistischen Haltung bei. Ein Weniger an Konsum wird womöglich als Mehr an Lebensqualität erkannt. Das ökologische Grundeinkommen hat also nicht nur von der Finanzierungsseite her, wie oben gezeigt, sondern auch von der Ausschüttungsseite eine deproduktivistische Wirkung. Kapitalverwertungsinteressen können möglicherweise auf diese Weise kalt hintergangen werden zugunsten größerer Freiräume und geringeren Ressourcenverbrauchs.

Autonomie der Arbeit

Die dritte gesellschaftliche Utopie, der wir mit einem ökologischen Grundeinkommen näher kommen, ist die der größeren Autonomie der Arbeit. Das Grundeinkommen ermöglicht durch zeitliche und finanzielle Freiräume einen größeren Anteil von nicht-kommodifizierter Arbeit. Das ist neben einem größeren Anteil von Gemeinschafts- und Bürgerarbeit vor allem auch Eigenarbeit, Arbeit an und für sich selbst. Andre Gorz verwies darauf, dass Eigenarbeiten nur dann autonome Tätigkeiten sind, wenn sie sich selbst Zweck sind, sie also nicht aus der Notwendigkeit der Absicherung des Lebensnotwendigen heraus erfolgen. Erst dann kann das Subjekt seine Souveränität erfahren, seine Person entfalten. Eigenarbeit beginnt demnach jenseits einer kommodifizierten Äquivalenzlogik (Tausch gleicher Werte), aber auch jenseits einer nicht-kommodifizierten Reziprozitätslogik (gegenseitige Hilfe). Im Kapitalismus ist das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung verwirrend verkoppelt mit dem Bedürfnis nach Einkommen: „Das Bedürfnis zu werken, zu wirken

und anerkannt zu werden, wird dazu benutzt, um unter der Hand das Bedürfnis nach einer Bezahlung für alles, was man tut, einzuschleusen.“¹⁹ Der Bruch mit der Arbeitsgesellschaft, der durch ein Grundeinkommen beflügelt wird, besteht Gorz zufolge darin, „dass das Bedürfnis, zu handeln und gesellschaftlich anerkannt zu werden, sich von bezahlter und fremdbestimmter Arbeit unabhängig macht, dass die Arbeit sich aus der Herrschaft des Kapitals befreit [...]“ (ebd.)

Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen betont, dass die „Anerkennung der vielfältigen Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des Menschen jenseits der entfremdenden Arbeits- und Marktlogik“ der Marxschen Vision einer Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, entspreche. Marx ginge es um die „freie Entwicklung der Individualitäten“, um die „Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für alle freigewordene Zeit und geschaffenen Mittel entspricht“. Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch ein Grundeinkommen und die Schaffung von dekommodifizierten Ermöglichungsstrukturen für ein multiaktives Leben (Gorz) kämen dem Grundsatz einer von Marx anvisierten Gesellschaft nahe, in der alle ein gutes Leben führen können, so Blaschke in Anlehnung an Gorz. Grundeinkommen und dekommodifizierte Infrastrukturen und Dienstleistungen könnten deswegen auch als eine „Autonomie- und Befähigungspauschale“ bezeichnet werden. Damit würde der von Marx kritisierte „Horizont der bürgerlichen Gesellschaft überschritten, der ungleiche Menschen an gleichen Maßstäben, etwa der Arbeitszeit oder der Arbeitsleistung, messen will“. Die „wahrhaft menschliche Gesellschaft“, so Blaschke weiter, bestehe dagegen darin, dass „das Gemeinwesen den Menschen nicht nach – wie auch immer definierten – Maßstäben der ‚sozialen Nützlichkeit‘ oder der äquivalenten bzw. streng reziproken „Gegenleistungen“ Verwirklichungsmöglichkeiten und eine gesellschaftliche Teilhabe einräumt, sondern nach Maßstäben jenseits dieser bürgerlichen Nützlichkeits- sowie Äquivalenz- und Reziprozitätslogik.“²⁰

Die durch Grundeinkommen und soziale Infrastruktur ermöglichte Erfahrung autonomer Arbeit hat zudem das Potenzial, den Arbeitsbegriff von der Fokussierung auf die marktliche Erwerbsarbeits-sphäre als die primäre Instanz von Vergesellschaftung zu lösen. Lohnarbeit wird nicht mehr als die einzig akzeptable Methode der gesellschaftlichen Anerkennung erfahren. Zudem geraten die negativen Aspekte rein am Erwerb orientierter Tätigkeiten, insbesondere seine sozialen und ökologischen Kosten, näher in den Blick. Die erfahrene Eigenarbeit demokratisiert so die Sphäre der Erwerbsarbeit, die beim Modell des ökologischen Grundeinkommens natürlich weiter existiert, wenn auch in verkleinerter Form. Der Arbeitsmarkt wird jedoch weniger herrschaftsförmig: Es braucht nicht mehr jeder schlechte Kontrakt angenommen werden. Arbeit, die in sozialer, ökologischer oder persönlichkeitsfördernder Hinsicht nicht überzeugt, wird weniger angenommen und angeboten werden.

Mit der Autonomisierung von Arbeit, mit weniger Entfremdung - sei es in der Sphäre der Eigenarbeit oder in der durch die Rückwirkung der Erfahrungen herrschaftsärmer gewordenen Sphäre der Erwerbsarbeit - ist eine Umbewertung von Arbeit verbunden, die ökologische Konsequenzen hat. Arbeit verliert ihren Charakter als notwendiges Übel. Das damit verbundene Grundgefühl des Mangels und des Zu-Kurz-Kommens

¹⁹ GORZ, ANDRE 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Zitiert nach Blaschke et al (Hg.) 2010: Grundeinkommen

²⁰ BLASCHKE, RONALD 2010: Denk' Mal Grundeinkommen! Geschichte und Fragen einer Idee, S.76 . In Blaschke et al (Hg.) 2010: Grundeinkommen.

bringt die Haben-Orientierung und damit den homo consumens hervor.²¹ Eine souveräne Arbeit dagegen fördert die Seins-Orientierung, fördert die Ausbreitung postmaterialistischer Werte.

Das ist auch der Grund für die deproduktivistische und damit auch ressourcensparende Wirkung der Dekommodifizierung von Arbeit. Es wird nicht einfach Marktarbeit gegen Eigen- bzw. Gemeinschaftsarbeit getauscht bei ansonsten gleichbleibender Produktion von Waren und Dienstleistungen. In diesem Fall wäre zwar das Wirtschaftswachstum, das sich bekanntlich aus der rein monetären Größe des BIP berechnet, geringer, nicht aber der Ressourcenverbrauch. Durch das ökologische Grundeinkommen entsteht ein kritisch-freiheitlicheres Verhältnis zur Arbeit, der geldliche Anreiz für eine Tätigkeit wird unattraktiver. Darunter wird das Wirtschaftswachstum „leiden“. Dem generell problematischen Verhältnis von ökonomischer Aktivität und ökologischen Grenzen tut das gut: Nur wenn einem Produkt oder Dienstleistung auch ein sinnvoller Gebrauchswert vom Produzenten selber zuerkannt wird, wird dieser dafür eine ökonomische Aktivität entwickeln, ob bezahlt im Rahmen von Erwerbsarbeit oder unbezahlt im Rahmen von Eigen- oder Bürgerarbeit. Viele Produktionen, die heute noch getätigt werden und Umweltverbräuche verursachen, ohne einen Emanzipationsgewinn und Nutzen für die Menschen zu haben, werden dann schlicht obsolet.

Markt, Staat und Kommune: Grundideen für Wege aus der Ökokrise neu gemixt

Ein Grundeinkommen stärkt die autonomen Tätigkeiten, die solidarisch, relativ spontan und kommunikativ gesteuert sind, und damit die sozialintegrative Funktion der Lebenswelt, so Habermas in seiner Parteinahme für das Grundeinkommen. Er sieht die Chance für eine „neue Balance“ der Einflussphären von Geld, Macht und Solidarität.²² In der Tat wird die Herrschaftsförmigkeit des Marktes und des Staates durch die Vergrößerung der individuellen Spielräume verringert. Man könnte auch in Anlehnung an Habermas sagen, das unvollendete Projekt der Moderne kommt dadurch seinem zentralen, bisher allerdings höchstens halb realisierten Ziel der Subjektivität etwas näher.

Die Integration von Lebenswelt, Markt und Staat ergibt sich gerade auch in Bezug auf die Variante eines ökologisch finanzierten Grundeinkommens. In der Idee werden mit Kommune, Markt und regulierendem Staat drei im sozial-ökologischen Diskurs der letzten 20 Jahre vertretene Grundansätze für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise aufgenommen, allerdings nicht in Reinkultur.

Die erste Denkrichtung, hier als „Kommune“ bezeichnet, besteht aus fundamentalen Kritiken des Kapitalismus, insbesondere seinem aus der Wertvergesellschaftung erwachsenden herrschaftsförmigen Naturverhältnis.²³ Auf dieser Basis erübrigt sich jeglicher Reformversuch: Ein besserer Umgang mit der ökologischen Krise, ein nicht-herrschaftliches Naturverhältnis kann nur in bewusster Gesellschaftlichkeit, etwa in direkt selbstbestimmten Produktionsverhältnissen der Energiegenossenschaften und rekommunalisierten Stadtwerke entstehen. Die beteiligten Mitglieder bzw. die Bürger werden sich – so die Hoffnung – respektvoll gegenüber der Natur verhalten, und ihre Strategie der Naturnutzung in einem partizipativen, basisdemokratischen Prozess planen, unabhängig von Verwertungsgesichtspunkten.

²¹ Vgl: FROMM, ERICH: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V. München 1999 (Original 1966)

²² vgl. BLASCHKE ET AL (Hg.) 2010: S. 67f.

²³ Die drei Richtungen werden ausführlich dargestellt in: ADLER, FRANK/ SCHACHTSCHNEIDER, ULRICH 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München:

Entgegengesetzt ist die zweite Denkrichtung, der Ansatz der ökologischen Modernisierung des kapitalistischen Systems, hier als „Markt“ bezeichnet. Was bei den Fundamentalkritikern als aufzuhebende Ursachen für die Ökokrise bekämpft wird, sind hier gestaltungsfähige Voraussetzungen, um sie zu bewältigen: Kapitalverwertung, industrielle Effizienz und Konkurrenz gelten als Triebfedern für grüne Innovationen. Der ökologische „Fehler“ wird lediglich in einer Störung im industriellen Stoffwechsel mit der Natur gesehen. An der Schnittstelle Mensch-Natur befinden sich unzureichend an Naturkreisläufe angepasste Technologien und Produkte, etwa die fossilen Energien. Der Schlüssel liegt daher in neuen Technologien, die den industriellen Stoffwechsel so verändern, dass er konsistent ohne schädliche Nebenwirkungen in Naturprozesse integriert wird. Dazu bedarf es technologischer Umweltinnovationen, die notfalls auch steigende Stoffumsätze naturverträglich gestalten können wie etwa die Nutzung regenerativer Energien. Für einen solchen Wandel müssen die Innovationskräfte des Marktes sich frei entfalten können.

Die dritte Denkrichtung lässt sich hinsichtlich der Radikalität der vorgestellten Gesellschaftsänderung zwischen „Fundamentalkritik“ und „ökologischer Modernisierung“ einordnen. Die Ursachen für die ökologische Krise werden zwar im Versagen grundlegender Funktionsprinzipien und Regulationen des gegenwärtigen Kapitalismus bzw. der gegenwärtigen Moderne gesehen. Die Antwort darauf besteht jedoch nicht in deren kompletter Abschaffung, sondern in einer gravierenden Modifizierung, der Einleitung einer fundamental neuen Phase. Denn grundsätzlich ist keine bestimmte Regulation des Kapitalismus durch irgendwelche ökonomischen oder sonstigen Entwicklungsgesetze „vorgeschrieben“. Alain Lipietz, ehemaliger grüner französischer Präsidentschaftskandidat und einer der „Väter“ des Regulationsansatzes, propagiert daher die ökonomisch-gesellschaftliche Machbarkeit einer alternativen Regulation mit Elementen wie Konsumreduktion bei materiellen Gütern, Öko-Technologie, globaler und lokaler ökologische Regulierung, mehr Gemeineigentum, erneuerten Formen der Solidarität, mehr Partizipation – also etwa das, was heute in vielen Beiträgen zum sozial-ökologischen Umbau gefordert wird²⁴. Auf dieser Basis könne sich ein neues Akkumulationsregime, d.h. ein neuer Modus der Realisierung kapitalistischen Profits, der nicht mehr auf der Ausbeutung fossiler Brennstoffe und einer Übernutzung natürlicher Ressourcen funktioniert, herausbilden. Ähnlich – allerdings ohne theoretische Bezugnahme auf den Regulationsansatz – gestaltet sich der „Kapitalismus 3.0“²⁵ mit einer „öko-fairen Marktwirtschaft“, wie er in der aktualisierten Studie des Wuppertal-Instituts als notwendiger Ausweg ausgearbeitet und beworben wird.²⁶ In der alternativen Regulation werden also eine Reihe von Tendenzen des modernen Kapitalismus so gezähmt, dass sie keinen (oder weniger) Schaden anrichten können:

- Wertvergesellschaftung wird insofern zurückgedrängt, als dass sie sozial und ökologisch reguliert werden soll.
- Die soziale Spaltung wird über eine geänderte Verteilung von Arbeit und Einkommen reduziert und hat neben größerer Verteilungsgerechtigkeit eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs (weniger kompensatorischer und statusorientierter Konsum) zur Folge.
- Die Individualisierung wird durch neue komunitäre Formen des Lebens und Arbeitens (z.B. Wohnprojekte, Gemeinschaftsarbeit) ergänzt, institutionell abgesichert durch neue Formen der bedingungslosen Grundsicherung.

²⁴ LIPIETZ, ALAIN 2000: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Münster

²⁵ BARNES, PETER 2008: Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter, Hamburg

²⁶ BUND/EED 2008 (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt a.M.

Die Entstehung und Durchsetzung einer solchen alternativen, neuen Regulationsweise ist ein komplexer ökonomisch-gesellschaftlicher Prozess, der hier nicht ansatzweise diskutiert werden kann. In jedem Fall aber erfordert er politische Gestaltungsmacht zur gesamtgesellschaftlichen Regulierung.

Kommune, Markt, regulierender Staat: Das Ökologische Grundeinkommen integriert diese drei im sozialökologischen Diskurs der letzten zwanzig Jahre vertretenen Ideen. Der Anspruch der Kommune auf autonome Selbstbestimmung des Austausches mit der Natur wird durch die Aufwertung dekommodifizierter Eigen- und Gemeinschaftsarbeit eingebracht. Der Anspruch auf Nutzung der Marktkräfte zur ökologischen Steuerung im Ansatz der ökologischen Modernisierung geschieht durch die Art der Finanzierung, durch die Besteuerung unerwünschten Verbrauchs von Ressourcen. Und der Anspruch der gesamtgesellschaftlichen Regulierung wird durch das Gesamtprinzip, durch die Kombination aus Ressourcenbesteuerung und Ausschüttung an jeden Bürger, eingelöst.

Fazit

Das Ökologische Grundeinkommen wäre gleichzusetzen mit einem neuen Gesellschaftsvertrag, der zur ökologischen Steuerung die Produkte teurer macht, aber dafür einen Souveränitätsgewinn für den Einzelnen bringt. Er kann daher als emanzipative Variante eines Green New Deal betrachtet werden, als ein mögliches Kernprojekt eines sozialen Green New Deals ohne Wachstum. Zudem hat die Idee, wie gezeigt, transzendentes Potenzial zur Überwindung der Unterordnung der Arbeit unter das Kapital.

Fraglich ist natürlich, ob diese drei Elemente Kommune, Markt, Staat tatsächlich in eine „neue Balance“, wie Habermas hofft, gebracht werden könnten. Oder aber ob nicht ständig mit einer „Kolonialisierung“ (Habermas) der Lebenswelt, also zerstörenden Grenzüberschreitungen der geld- und machtgesteuerten Systeme Markt und Staat gegenüber der von ihnen befreiten Sphäre des Grundeinkommens zu rechnen ist. Könnte sich – so wäre zu fragen - das Regulierungsprinzip Ökologisches Grundeinkommen gegen die damit eingeschränkten Profitansprüche dauerhaft im Rahmen einer stabilen neuen Entwicklungsphase des Kapitalismus behaupten? Um dieser Frage näher zu kommen, sollte der oben erwähnte Regulationsansatz als eine Theorie der gesellschaftlichen Konstitution der Ökonomie des Kapitalismus fruchtbar gemacht werden. Natürlich würde es sich nicht nur für die Theoriebildung lohnen, die Wirkung und Machbarkeit eines ökologischen Grundeinkommens in der Praxis auszuprobieren. Erste Schritte sind möglich.

Ulrich Schachtschneider, Oldenburg

Dipl.-Ing. Dr. rer.pol.

Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u.v.m.

Referent im Attac-Netzwerk

Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ulrich.Schachtschneider@gmx.de